IMT Nuremberg Archives

H – 1787

International Court of Justice

H1787 – 0001

H1787 - 0002

(S. 440 bis 450)

Neurath No. 56
Defense Exhibit No. .....

Fragt man sich nach den letzten Ursachen dieses Zustandes, dieses politischen Unfriedens, der auf Europa lastet, so trifft man immer wieder auf die Tatsache, dass der Geist des Systems von Versailles auch noch heute weitgehend die Politik beherrscht. Vierzehn Jahre lang sind die Siegermaechte den wechselnden demokratischen Regierungen Deutschlands mit platonischen Freundschaftsbeweisen und theoretischen Sympathiekundgebungen begegnet. Praktisch lief ihre Politik aber in allen wesentlichen Fragen darauf hinaus, Deutschland in den Fesseln von Versailles festzuhalten, den im Jahre 1919 fuer revidierbar erklaerten Vertrag unrevidierbar zu machen und die ungleiche Behandlung Deutschlands zu verewigen. Wie in Versailles alle Argumente recht waren, um Deutschland zu schaedigen, und wie damals die allgemeinen Prinzipien moralischer, wirtschaftlicher, historischer und juristischer Art in keinem Falle gleichmaessig angewandt, sondern einseitig so ausgelegt und ausgenutzt wurden, dass ihre Anwendung immer gegen Deutschland ausschlug, so will man auch heute noch Deutschland mit zweierlei Mass messen.

Meine Damen und Herren; das Ausland muss endlich begreifen, dass das deutsche Volk das Recht hat, sich gegen diesen Geist von Versailles mit allen Kraeften zur Wehr zu setzen. Der Herr Reichskanzler hat in seiner grossen Reichstagsrede vom 17. Mai dargelegt, in welchem Sinne, mit welchen Methoden und mit welchen Zielen wir diesen Kampf fuehren wollen, damit die lange Periode politischer Irrungen endlich abgeschlossen wird. Seine Darlegungen bleiben fuer die deutsche Aussenpolitik massgebend. Ich kann nur mit Bedauern feststellen, dass es an vielen Stellen des Auslandes bis heute an der richtigen Wuerdigung der Richtlinien unserer Aussenpolitik fehlt, deren Kernpunkt es ist, dass Deutschland den Frieden und nicht den Krieg, einen aufbauenden Frieden im Innern und nach aussen will.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUERNBERG, GERMANY
NR Exhibit 56
Filed 6/22/46

H1787 - 0003

Aeusserst skeptisch muss in dieser Hinsicht allerdings der Stand der Abruestungsfrage stimmen. Trotz der konkreten Darlegung unserer Forderungen in der Reichstagsrede vom 17. Mai, die die einmuetige Billigung des Reichstags gefunden hat, trotz des darin bewiesenen weitgehenden Entgegenkommens ist seither auf seiten der uns gegenueberstehenden Maechte keinerlei Fortschritt bemerkbar geworden. Ueber den deutschen Widerspruch hinweggehend, hat sich die Abruestungskonferenz ohne irgendein positives Ergebnis auf Monate vertagt. Wir sind auf die waehrend der Konferenzpause von dem Praesidenten der Konferenz, Herrn Henderson, dankenswerterweise eingeleiteten vertraulichen Verhandlungen bereitwillig eingegangen, aber auch heute vermoegen wir Anzeichen fuer das baldige Zustandekommen einer befriedigenden Loesung noch nicht zu erkennen. Im Gegenteil, nach gewissen Anzeichen zu schliessen, scheint die Bereitschaft der hochgeruesteten Staaten zur Erfuellung ihrer Abruestungsverpflichtungen heute geringer denn je zu sein.

Es ist fuer uns nichts Neues, dass man versucht, diese Haltung mit der Behauptung deutschen Aufruestungswillens zu rechtfertigen. Meine Damen und Herren, ich sage mit dem vollen Bewusstsein der Tragweite meiner Worte, dass das nichts anderes ist als eine bewusste Verschleierung der Tatsache, dass Deutschlands Ziel lediglich die Beseitigung des heutigen Zustands einseitiger Wehrlosigkeit ist. Ich rufe folgende Tatsachen, an denen es nichts zu drehen und zu deuteln gibt, in Ihre Erinnerung: Wir haben unter genau definierten Voraussetzungen die von der Gegenseite geforderte Umwandlung der uns im Versailler Vertrag auferlegten Heereseinrichtungen akzeptiert. Wir haben erklaert, dass wir kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es auf alle Maechte Anwendung findet.

H1787 - 0004

(S. 440 - 450)

Wir haben uns ferner bereit erklaert, auf die Zuteilung von Angriffswaffen dann ueberhaupt Verzicht zu leisten, wenn die geruesteten Nationen ihrerseits innerhalb eines bestimmten Zeitraums diese Waffen vernichten und durch eine internationale Konvention die weitere Anwendung der Waffen verboten wird. Wir haben nur gefordert, dass, soweit Waffen anderen Maechten gestattet bleiben, die Waffen der Verteidigung nicht Deutschland allein verboten werden duerfen. Dabei haben wir in Aussicht gestellt, von dieser unserer Gleichberechtigung nur in einem durch Verhandlungen festzustellendem Umfang Gebrauch zu machen. Endlich haben wir uns mit der internationalen Kontrolle der Ruestungen einverstanden erklaert, sofern sie sich fuer alle Staaten gleichmaessig auswirke. Ja, wir haben sogar angeboten, bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten unsere politischen Verbaende dieser Kontrolle mitzuunterstellen, um ihren unmilitaerischen Charakter vor aller Welt zu beweisen.

Ist das eine Aufruestung Deutschlands? Die hochgeruesteten Staaten ruesten weiter, und statt von ihren Abruestungen sprechen sie von ihrer Sicherheit. Man will, ohne mit einer effektiven Abruestung zu beginnen, zuerst die Kontrolle ausbauen, so dass davon praktisch allein die jetzt schon abgeruesteten Staaten betroffen werden wuerden. Ja, manche auslaendischen Presseorgane scheinen sogar den Gedanken propagieren zu wollen, dass die abgeruesteten Staaten vor allen weiteren Schritten in der Abruestungsfrage erst einer Art Vorkontrolle unterworfen werden muessten. Das ist eine Verschiebung des Abruestungsproblems, wie sie sich schlimmer kaum denken laesst. Ich moechte auch annehmen, dass die verantwortlichen Stellen solchen Plaenen fernstehen; denn es ist kaum noetig zu sagen, dass ihre Verwirklichung eine voellige Unmoeglichkeit waere. Wer ist denn bedroht ? Nicht die anderen Laender, sondern Deutschland. Nur im Ausland spricht man von Krieg. In Deutschland denkt man nicht an kriegerische Verwicklungen. Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung; es wuenscht nicht anderes, als seine Unabhaengigkeit bewahren und seine Grenzen schuetzen zu koennen. Das ganze deutsche Volk weiss, nicht zuletzt aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit, dass der Krieg auch dem Sieger keinen wahren Nutzen, keinen bleibenden Vorteil bringt. Ist es fair, demgegenueber mit der Behauptung zu operieren, dass die neue deutsche Regierung zwar zunaechst wohl alle aeusseren Verwicklungen zu vermeiden wuensche, dass es ihr aber nur darauf ankomme, Deutschland in einer ersten Ruheperiode stark genug zu machen, um dann zu offener Gewaltpolitik uebergehen zu koennen ? Das sind blosse Gedankenspielereien, die in den wirklichen Tatsachen nicht die geringste Stuetze finden und mit denen man ueberhaupt keine ehrliche und reale Politik machen kann. Wenn man aber glaubt, mit solchen leeren Argumenten die Herrschaft der Sieger ueber den Besiegten verewigen zu koennen, so muss ich dazu allerdings mit aller Bestimmtheit erklaeren, dass Deutschland sich weigert, einen solchen Zustand weiter zu ertragen.

H1787 – 0005

~~Euer~~ Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Frhr. von Luedinghausen

.....

(Dr. Frhr. v. Luedinghausen)
Rechtsanwalt und Notar.

56

H-1787

NR 56

NEURATH EXHBITH NR. 56

Filed June 22, 1946
H B Mulley
Secy

Vorgelegt von:
Dr. Frhr. v. Luedinghausen.

Neurath Exh. 56

H1787 - 0006